Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 707**

18. Wahlperiode Eingang: 16.10.2026

Kleine Anfrage

des Abg. Andreas Braun CDU

Sondengänge und Schutz archäologischer Kulturdenkmale in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Zahl der Hinweise und Meldungen über mutmaßlich ungenehmigte Nachforschungen mit Metalldetektoren in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren vor (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Regierungsbezirken)?

2. In wie vielen der in Frage 1 genannten Fälle wurde durch die zuständigen Behörden ein Verstoß gegen die Genehmigungspflicht nach § 21 des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) festgestellt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Regierungsbezirken)?

3. Wie viele Genehmigungen für Nachforschungen mit Metalldetektoren nach § 21 DSchG wurden in den vergangenen fünf Jahren erteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Regierungsbezirken)?

4. Wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 27 DSchG wegen ungenehmigter Nachforschungen mit Metalldetektoren wurden in den vergangenen fünf Jahren eingeleitet (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Einstellungen und rechtskräftigen Bußgeldentscheidungen)?

5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu strafrechtlichen Ermittlungsverfahren in den vergangenen fünf Jahren im Zusammenhang mit ungenehmigten Sondengängen vor (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und den jeweils erfassten Deliktsarten)?

6. Welche Schäden an archäologischen Kulturdenkmalen oder Fundzusammenhängen sind der Landesregierung infolge ungenehmigter Sondengänge in den vergangenen fünf Jahren bekannt geworden (bitte nach Zahl der betroffenen Fundstellen und Art der Schäden aufgeschlüsselt)?

7. Wie bewertet die Landesregierung das Ausmaß und die Entwicklung ungenehmigter Sondengänge in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren auf Grundlage der ihr vorliegenden Erkenntnisse?

8. Inwieweit sieht die Landesregierung Änderungsbedarf an den bestehenden Vorschriften, Zuständigkeiten und Vollzugsmöglichkeiten zur Verbesserung der Feststellung, Beweissicherung und Ahndung ungenehmigter Sondengänge?

9. Welche Maßnahmen zur Prävention und Verfolgung ungenehmigter Sondengänge hat die Landesregierung ergriffen bzw. plant sie, einschließlich der Zusammenarbeit mit genehmigten Sondengängern?

10. Wie bewertet die Landesregierung eine bundesweite Erlaubnispflicht für den Erwerb von Metalldetektoren hinsichtlich ihrer Eignung zum Schutz archäologischer Kulturdenkmale, ihrer Vollziehbarkeit und ihres Verwaltungsaufwands, auch im Vergleich zu milderen Mitteln wie Aufklärung oder Meldepflichten beim Erwerb?

16.10.2026

Braun CDU

Begründung

Ungenehmigte Nachforschungen mit Metalldetektoren können archäologische Fundzusammenhänge beeinträchtigen und dadurch wissenschaftliche Erkenntnisse erschweren. Öffentlich zugängliche Informationen ermöglichen derzeit keine abschließende Bewertung dazu, wie häufig entsprechende Fälle in Baden-Württemberg auftreten und inwieweit dabei Vollzugshindernisse bestehen. Die Kleine Anfrage soll das Ausmaß und die Entwicklung ungenehmigter Sondengänge, die entstandenen Schäden, die behördliche Verfolgung sowie mögliche Vollzugshindernisse und Handlungsoptionen klären.